

Zinsvorteile für Patrioten?

auch in der Corona-Krise wird immer wieder von der europäischen Solidarität gesprochen, die angesichts dieser Herausforderungen jetzt besonders „gestärkt“ werden müsste. Wer sich dann ansieht, welche konkreten Erwartungen an solche „Solidaritätsbekundungen“ bestehen wird schnell den einfachen gemeinsamen Nenner finden. „Solidarität“ bedeutet nichts anderes, als dass ein Vorgehen zu Lasten eines Dritten erfolgen soll. Ein Anderer soll die Kosten tragen, die man selbst nicht bereit ist zu übernehmen.

Jetzt ist Solidarität an sich ein wichtiger Aspekt des menschlichen Zusammenlebens. Man denke nur an die kleinsten Bereiche des Zusammenlebens in Form der Familie und die Unterstützung, die hier zwischen den Generationen oder auch zwischen Geschwistern und anderen gelebt wird. Man hilft einander, ohne hier Werte oder Leistungen aufzurechnen. Dies scheint weitgehend Konsens zu sein. Meist ist es dabei so, dass jemand hilft, der etwas mehr hat als das empfangende Familienmitglied. Mehr Fachkenntnisse, mehr Einkommen und Vermögen oder einfach mehr Kraft, wenn man an das Einkauf von Enkelkindern für ihre Großeltern während des Lock-Down denkt.

Auf europäischer Ebene wird immer wieder besonders die Solidarität von Deutschland eingefordert. Anscheinend sieht man Deutschland gerne als den reichen Verwandten in Europa, der problemlos für die ärmeren Teile der Familie mit bezahlen kann. Aber entspricht dies wirklich den Tatsachen? Wir wollen dies anhand eines Vergleichs mit Italien einmal prüfen, da Italien besonders vom neuen EU-Plan profitieren würde.

Unstrittig ist, dass die Staatsverschuldung in Italien mit über 140% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mehr als doppelt so hoch ist, wie die Deutsche. Wer allerdings das Vermögen der italienischen Privathaushalte mit denen in Deutschland vergleicht, kommt zu einem umgekehrten Sachverhalt. Während in Italien das Durchschnittsvermögen bei über 90.000 Euro liegt, verfügt der Durchschnittshaushalt in Deutschland über weniger als 40.000 Euro. Andere Vergleichszahlen zeigen einen nicht ganz so großen Vorteil für Italien, aber selbst die EZB berechnet das Nettofinanzvermögen der Italiener mit 173% ihres BIP, während es in Deutschland nur bei 124% liegt.

Gründe für diese Unterschiede gibt es vielfältig. Zwei wichtige Aspekte sind sicherlich die geringere Wohneigentumsquote in Deutschland (unter 45% gegenüber fast 70% in Italien) und die extreme Fokussierung deutscher Sparer auf festverzinsliche (und damit unrentablere) Anlagen. Es ist also ausschließlich der italienische Staat, der durch zu geringe Steuererhebung ein Finanzierungsproblem hat, was im Gegenzug zu steigendem Vermögen der italienischen Privathaushalte geführt hat. Während in Deutschland bereits wieder der Ruf laut wird, dass vermögendere Haushalte höhere Steuern zahlen sollen, um die Kosten der Corona-Pandemie zu tilgen, wendet man sich in Italien lieber an die EU und insbesondere an Deutschland.

Wir können also festhalten, dass die gewünschte europäische Solidarität gar nicht so zwingend ist, wie es oftmals dargestellt wird. Lösen wir uns von der staatlichen Ebene und gehen auf die Ebene der einzelnen Menschen, dann führt die jetzt diskutierte gravierende Umverteilung der Corona-Lasten dazu, dass weit über 100 Milliarden Euro von Deutschland nach Italien fließen sollen. Die ärmeren Privatpersonen in Deutschland zahlen also künftig mehr Steuern und Abgaben, damit die reicheren Privatpersonen in Italien, die zudem deutlich

öfter über Wohneigentum verfügen, dies nicht müssen. Exakt das meint die geforderte „Solidarität“.

Ein aktuelles Beispiel mag hier noch einmal verdeutlichen, was dies in der Praxis bedeutet. Wer heute eine Bundesanleihe mit fünfjähriger Laufzeit erwirbt, „bekommt“ einen negativen Zins von 0,6% pro Jahr. Dies bedeutet also, dass der Anleger nach fünf Jahren nur noch ca. 97% des nominal angelegten Geldes verfügbar hat. Liegt die Inflationsrate in den fünf Jahren bei 1% pro Jahr, beträgt der reale Wert sogar noch deutlich weniger. Aus 100.000 Euro werden damit weniger als 92.000 Euro reales Vermögen.

Jetzt zum Vergleich:

Italien hat im Mai eine sogenannte „Patriotenanleihe“ für inländische Sparer und Investoren aufgelegt. Diese ebenfalls fünfjährige Anleihe bietet eine positive jährliche Realverzinsung von 1,4%. Dies bedeutet, dass die Anleger einen realen Rückfluss von über 107.000 Euro erhalten (inflationsbereinigt). Der italienische Staat zahlt dabei im Falle einer Inflationsrate von 1% pro Jahr immerhin 2,4% Zins, also grob 3% pro Jahr mehr, als Deutschland hier zahlt. Mehr als 22 Milliarden Euro wurden zuletzt von italienischen Privatanlegern und institutionellen Investoren eingesammelt.

Muss der italienische Staat diesen höheren Zins zahlen, um angesichts der hohen Verschuldung, ausgelöst durch zu geringe Steuersätze, überhaupt noch Geld geliehen zu bekommen? Die Antwort fällt hier sehr klar aus. NEIN.

Der europäische Stabilitätsmechanismus ESM hätte dem italienischen Staat das Geld für nominal 0,1% Zins geliehen. Dies hat man bewusst nicht genutzt und verteilt damit freiwillig über die Laufzeit mehr als 1,5 Milliarden Euro vom Staat an die italienischen Investoren um.

Fazit:

Ja, es gibt Zinsvorteile für Patrioten. Allerdings nur in Italien. Deutschland spart sich solch teure Subventionen von Anlegern und spricht lieber über eine einzuführende Vermögenssteuer, um die Corona-Kosten zu finanzieren. Die gewünschte Solidarität mit Europa wird dabei die notwendigen Steuerzahlungen in Deutschland vermutlich weiter steigen lassen. Es hilft also nur, rentabler anzulegen! Ganz unpatriotisch.

Ihr



Dr. Michael König

Die Einschätzungen, die in diesem Dokument vertreten werden, basieren auf Informationen Stand Juni 2020. Die Einschätzungen sollen dabei nicht als auf die individuellen Verhältnisse des Lesers abgestimmte Handlungsempfehlungen verstanden werden und können eine persönliche Beratung nicht ersetzen. Alle Informationen basieren auf Quellen, die wir als verlässlich erachten. Garantien können wir für die Richtigkeit nicht übernehmen.